Gemeindeamt

6235 Reith im Alpbachtal ♦ Bezirk Kufstein
Tel.: 05337/62212 Fax: 05337/62212-16
e-mail: gemeinde@reithia.at

Kundmachung

Zl.: 004/1 Lfd.-Nr. 11

über die **Sitzung des Gemeinderates**

am 26. April 2017 in Reith im Alpbachtal
im Sitzungszimmer der Gemeinde

Beginn: 20.06 Uhr Ende: 21.50 Uhr

Die Einladung erfolgte am 19. April 2017 durch Einzelladung.

VON DEN MANDATAREN WAREN ANWESEND:

Bürgermeister Johann Thaler
Bgm.-Stv. Johann Rieser
GR Andreas Oblasser
GR Johannes Oberladstätter
GR Ing. Thomas Gschösser
GR Johann Wegscheider
GR Stefanie Margreiter
GR Karin Moser
GR Eva Vorhofer
GR Ing. Josef Lettenbichler
GR Reinhard Peer
GR Leonhard Thaler

AUSSERDEM WAREN ANWESEND:

EGR Johann Rendl
EGR Ludwig Margreiter
EGR Christoph Madersbacher
12 Zuhörer
Ludwig Moser, Schriftführer

ENTSCHULDIGT WAREN:

GR Ing. Josef Hechenberger
GR Johann Reschenhofer
GR Luca Kadric

NICHT ENTSCHULDIGT WAREN:

Die Sitzung ist beschlussfähig. Die Sitzung öffentlich.

Tagesordnung:

1) Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Gemeinderates vom 30. März 2017.

2) Beratung und Beschlussfassung betreffend der Klima- und Energie-Modellregion Alpbachtal (KEM)
   a) über die Gründung der „KEM Alpbachtal GesBR“,
   b) Anstellung von Herrn Mag. Rainer Unger bei der „KEM Alpbachtal GesBR“ mit Dienstbeginn 01.03.2017 und
   c) Bildung eines eigenen Ausschusses und dessen personeller Besetzung, der sich damit beschäftigt, wie die Gemeinde Reith im Alpbachtal unabhängiger von fossilen Energien gemacht werden kann bzw. wie der Energiebedarf nach Möglichkeit aus eigenen regionalen Ressourcen gedeckt werden kann.

3) Genehmigung von Ausgabenüberschreitungen bzw. überplanmäßigen Ausgaben, sowie fehlenden Einnahmen und deren Bedeckungen für das laufende Jahr 2017 – Beratung und Beschlussfassung.

4) Teilweise Vergabe für die Erstellung eines Alarmplanes für das Gewerbegebiet St. Gertraudi anhand eines vorliegenden Angebotes – Beratung und Beschlussfassung.

5) Bericht über den aktuellen Stand betreffend das gesamte bzw. noch zu erweiternde Areal „Mehrzweckgebäude“, sowie Beratung und Beschlussfassung über die Weiterverfolgung vorliegender Möglichkeiten.

6) Der Gemeinderat wolle die Einführung einer kostenlosen Einkauf-Vorteilskarte der Gemeinde Reith beschließen. Unter dem Motto „Fahr nicht fort – kauf im Ort“ soll diese Vorteilskarte allen Bürgern (die diese beantragen) zugutekommen.

7) Berichte aus den einzelnen Gemeinde-Ausschüssen durch die jeweiligen Obleute.

8) Berichte des Bürgermeisters.

9) Anträge, Anfragen und Allfälliges.

VERLAUF DER SITZUNG:

Bürgermeister Johann Thaler eröffnet die heutige Gemeinderatssitzung und begrüßt die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sehr herzlich, ebenso die Zuhörer und AL Ludwig Moser, der die Sitzung wiederum vorbereitet hat.

Der Vorsitzende erklärt, dass anstelle von GR Ing. Josef Hechenberger heute EGR Johann Rendl an der Sitzung teilnehmen wird, anstelle von GR Johann Reschenhofer nimmt EGR Ludwig Margreiter teil und anstatt von GR Luca Kadric möchte er heute mit Christoph Madersbacher einen neuen EGR ganz herzlich begrüßen und ihn später noch bitten die Gelöbnisformel zu sprechen. Die EGR Johann Rendl und Ludwig Margreiter sind bereits angelobt.

Bürgermeister Johann Thaler stellt fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung fristgerecht ergangen ist und die Beschlussfähigkeit ebenfalls gegeben ist.

Der Vorsitzende bittet EGR Christoph Madersbacher die Gelöbnisformel vorzulesen, dieser verliest die Gelöbnisformel, anschließend leistet er das Gelöbnis in die Hand des Bürgermeisters.

DER GEMEINDERAT GEHT NUN ZUR TAGESORDNUNG ÜBER:

1) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 30. März 2017.

Bürgermeister Johann Thaler erkundigt sich, ob es Wortmeldungen zum Protokoll der letzten Sitzung vom 30. März 2017 gibt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Vorsitzende über die obige Niederschrift abstimmen.

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 30. März 2017 wird mit 11 Ja - Stimmen und 4 Stimmenthaltungen wegen Nichtanwesenheit genehmigt.

2) Beratung und Beschlussfassung betreffend der Klima- und Energie-Modellregion Alpbachtal (KEM)
- **a) über die Gründung der „KEM Alpbachtal GesBR“,**
- **b) Anstellung von Herrn Mag. Rainer Unger bei der „KEM Alpbachtal GesBR“ mit Dienstbeginn 01.03.2017 und**
- **c) Bildung eines eigenen Ausschusses und dessen personeller Besetzung, der sich damit beschäftigt, wie die Gemeinde Reith im Alpbachtal unabhängiger von fossilen Energien gemacht werden kann bzw. wie der Energiebedarf nach Möglichkeit aus eigenen regionalen Ressourcen gedeckt werden kann.**

a) über die Gründung der „KEM Alpbachtal GesBR“,

Der Vorsitzende erklärt, es hat diesbezüglich am 22. Februar 2017 eine gemeinsame Sitzung der drei Gemeinden in Brixlegg stattgefunden, wo Reith mit 11 Gemeinderäten anwesend war. Dabei ging es einerseits um die Gründung der KEM Alpbachtal Gesellschaft nach bürgerlichem Recht und andererseits um die Anstellung von Mag. Rainer Unger, der den drei Gemeinden mit Rat und Tat zur Seite stehen soll. Ausgangspunkt war die Gemeinde Alpbach, die mit ihrem Projekt „Mount++“ ganz gut unterwegs sind. In der Gemeinde Reith ist bisher in dieser Hinsicht von Gemeindeseite noch nichts passiert und deshalb sind wir nun gefordert, tätig zu werden.

Der Vorsitzende sagt, der Vertrag für die Gesellschaftsgründung ist allen Gemeinderäten bekannt. Dieser wurde bei der Sitzung in Brixlegg vorgetragen und beschlossen, ebenso

die Anstellung von Mag. Rainer Unger. Die kurzfristige Einberufung für die gemeinsame Sitzung in Brixlegg ist deshalb erfolgt, da Mag. Rainer Unger mit 01.03.2017 als KEM-Manager angestellt wurde, um die Frist für die Abgabe des KEM Tätigkeitsberichtes mit 31.03.2017 an den Energiefonds nicht zu versäumen.

Dies deshalb, da von der „Vorgänger KEM-Alpbachtal“ mit Beginn Anfang 2014 bereits Fördergelder lukriert wurden, die ansonsten mit 31.03.2017 wieder zurückbezahlt hätten werden müssen, das war dem vorherigen Gemeinderat bekannt. Die Gemeinden waren deshalb nun unter Druck, denn ohne Abgabe des Berichts, hätten die 18.000,- Euro wieder zurückbezahlt werden müssen.

Wenn nun die Gemeinden Projekte realisieren, so sind diese förderbar. Es braucht allerdings diesen KEM-Manager bzw. Herrn Mag. Unger als Zuständigen in der KEM, nachdem sich Mag. Unger in dieser Materie bestens auskennt.

Der Vorsitzend erklärt, er hat diese Punkte der guten Ordnung halber auf die Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung gegeben, damit die Beschlüsse auch rechtlich korrekt sind.

GR Andreas Oblasser fragt nach, ob Mag. Unger nun nicht mehr als Geschäftsführer, sondern als Angestellter bei der KEM Alpbachtal tätig ist.

Bürgermeister Johann Thaler antwortet, ja das ist richtig. Mag. Unger ist mit 20 Wochenstunden angestellt, die Geschäftsführer sind die drei Bürgermeister bzw. Bürgermeister Markus Bischofer als Vorgesetzter von Mag. Unger.

GR Eva Vorhofer erkundigt sich, ob Mag. Unger sein Büro in Alpbach hat.

Der Vorsitzende antwortet, in späterer Folge dann nicht, der genaue Standort wird noch festgelegt. Er hat dann in den drei Gemeinden seine Sprechstunden, wo sich auch jeder Bürger informieren und beraten lassen kann, derzeit ist dies jeweils montags angedacht.

GR Johannes Oberladstätter möchte wissen, ob es sich dabei um eine befristete Anstellung handelt.

Bürgermeister Johann Thaler antwortet, ja, die Anstellung ist auf ein Jahr befristet. Er erklärt, die Gemeinde Reith hat hier sehr großen Nachholbedarf und es liegt nun an uns, etwas daraus zu machen. Die Vorschläge müssen von uns kommen. Die Gründung dieser GesBR hat rein steuerliche Aspekte, die gegenseitige Verrechnung wäre ansonsten umsatzsteuerpflichtig, lt. Aussage des Steuerberaters.

GR Andreas Oblasser meint, dass die Steuerbefreiung von der Finanz abgelehnt worden ist.

Der Vorsitzende antwortet, der Steuerberater hat genau aufgrund diesen Gründen diese Gesellschaftsform vorgeschlagen, um nicht steuerpflichtig zu werden. Federführend in dieser Angelegenheit ist sein Kollege aus Alpbach, der sich damit intensiv beschäftigt hat.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es noch Fragen gibt, dem ist nicht der Fall, er lässt darüber abstimmen und es ergeht nachfolgender Beschluss:

Beschluss:

Der Gemeinderat fasste in seiner Sitzung am 26. April 2017 mit 15 Ja-Stimmen den folgenden einstimmigen Beschluss:

Tagesordnungspunkt 2 (a):

Einstimmiger Beschluss für die Gründung der „KEM Alpbachtal GesBR“ gemäß Vertragsentwurf des Steuerberaters Dr. Braito, B&O Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH:

VERTRAG

über die Errichtung einer bürgerlich rechtlichen Gesellschaft (GesBR) nach den Bestimmungen der §§ 1175 ff ABGB abgeschlossen zwischen den **Gemeinden Alpbach, Brixlegg und Reith im Alpbachtal -** im Folgenden kurz als Gesellschafterrinnen bezeichnet wie folgt:

VORWORT

Die Gemeinden Alpbach, Brixlegg und Reith im Alpbachtal haben sich zur Energiemodellregion „KEM Alpbachtal“ zusammengeschlossen. Ziel dieses Engagements ist es, die betroffenen Gemeinderegionen unabhängiger von fossilen Energien zu machen und den Energiebedarf nach Möglichkeit aus eigenen regionalen Ressourcen zu decken.

Zur Entwicklung der entsprechenden Strategien ist nunmehr beabsichtigt, dafür eine qualifizierte Person zu beschäftigen. Die daraus resultierenden Personalkosten sollen von den drei beteiligten Gemeinden zu jeweils einem Drittel getragen werden (Regiegemeinschaft). Die durch diesen Vertrag errichtete GesBR soll dazu als Rechtsträger und somit als Dienstgeber fungieren. Die drei beteiligten Gemeinden verpflichten sich, die dabei anfallenden Kosten der GesBR zu jeweils einem Drittel zu refundieren.

Festgehalten wird, dass aufgrund einer Anfrage beim zuständigen Fachbereich Umsatzsteuer des Finanzamtes Kufstein, die Errichtung einer GesBR zur Vermeidung einer Umsatzsteuerbelastung empfohlen wurde.

1. Gesellschaftsgründung

Die drei Vertragsparteien schließen sich durch diesen Vertrag zu einer Gesellschaft nach bürgerlichem Recht gemäß den Bestimmungen des §§ 1175 ff ABGB zusammen.

Alle Vertragsparteien sind am Vermögen und Ertrag diese Gesellschaft mit einem Drittel beteiligt.

2. Geschäftsbezeichnung und Anschrift der gemeinsamen Gesellschaft

Die bürgerlich rechtliche Gesellschaft führt die Geschäftsbezeichnung

„KEM Alpbachtal GesBR“

Die Anschrift der Gesellschaft ist in 6236 Alpbach 168.

3. Gegenstand bzw. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung von Strategien, mittels derer die drei beteiligten Gemeinden unabhängiger von fossilen Energien gemacht werden bzw. die Gemeinden den Energiebedarf nach Möglichkeit aus eigenen regionalen Ressourcen decken können.

4. Einlagen und Beteiligungen der Gesellschafter

Alle Vertragsparteien (Gemeinden) sind am Vermögen und Erfolg der Gesellschaft zu jeweils einem Drittel beteiligt.

Die Gesellschaft wird als Regiegemeinschaft gegründet. Alle von der Gesellschaft zu erledigenden Aufgaben werden zwischen den Gemeinden einvernehmlich festgelegt und auch kostenmäßig entsprechend dem Beteiligungsverhältnis von jeweils einem Drittel getragen. Abweichungen von diesem Beteiligungsschlüssel können einvernehmlich (auch für einzelne Agenden) festgelegt werden.

5. Dauer der Gesellschaft

Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer errichtet und kann von allen Vertragspartnern einvernehmlich jederzeit beendet werden.

Kündigt nur ein Vertragspartner wird die Gesellschaft mit den zwei verbleibenden Vertragspartnern fortgesetzt. Die kündigende Vertragspartnerin hat in diesem Fall, die bereits vergebenen Aufträge kostenmäßig mit einem Drittel mitzutragen.

Eine Kündigung darf nicht zur Unzeit erfolgen (während eines laufenden Projektes).

6. Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft entspricht dem Kalenderjahr. Eine Abänderung des Geschäftsjahres ist nur mit Zustimmung der Finanzbehörde möglich.

7. Geschäftsführung und Vertretung

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist jede Vertragspartnerin berechtigt und verpflichtet.

Geschäfte die über den Rahmen des gewöhnlichen oder der ordentlichen Verwaltung hinausgehen oder die Grundlagen der Gesellschaft betreffen, bedürfen der Zustimmung aller Gesellschafter.

8. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss (Einnahmen – Ausgabenrechnung) ist von allen Gesellschaftern innerhalb der ersten neun Monate des folgenden Geschäftsjahres aufzustellen und zu beschließen.

9. Gewinn- und Verlustverteilung

Da die Gesellschaft eine Regiegemeinschaft ist, sind alle Gesellschafterinnen verpflichtet, die Kosten der Gesellschaft mit jeweils einem Drittel zu tragen.

Die Finanzierung (Zuschüsse seitens der Gemeinden) sind zwischen den Gesellschafterinnen einvernehmlich zu beschließen und so rechtzeitig auf das Konto der Gesellschaft zur Einzahlung zu bringen, dass diese jederzeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen kann.

10. Auflösung

Im Falle einer gemeinsamen Auflösung der Gesellschaft ist das gesamte Vermögen der Gesellschaft zu veräußern und der Liquidationserlös unter den Gesellschaftern zu je einem Drittel zu verteilen.

11. Kosten

Die mit der Errichtung der Gesellschaften verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art werden von der Gesellschaft getragen.

12. Teilnichtigkeit

Dieser Gesellschaftsvertrag bedarf der Genehmigung durch die Gemeindeaufsicht.

13. Teilnichtigkeit

Sollte eine der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages nicht rechtswirksam sein oder ungültig werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Vertragsvorschriften nicht berührt. Die Gesellschafter verpflichten sich, anstelle der nicht rechtswirksamen Bestimmungen unverzüglich solche zu beschließen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmungen am nächsten kommen.

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform.

Soweit in diesem Gesellschaftsvertrag nichts anderes vereinbart ist, gelten die entsprechenden Bestimmungen des ABGB in seiner jeweils gültigen Fassung.

b) Anstellung von Herrn Mag. Rainer Unger bei der „KEM Alpbachtal GesBR“ mit Dienstbeginn 01.03.2017

Der Vorsitzende erklärt, Mag. Unger wurde bereits mit 01. März 2017 angestellt, aus den bereits erklärten Gründen und wiederholt diese nochmals.

GR Andreas Oblasser fragt, wer der Dienstvorgesetzte vom Angestellten Mag. Unger ist.

Bürgermeister Johann Thaler antwortet, das sind einerseits Bürgermeister Markus Bischofer bzw. andererseits die drei Bürgermeister, die auch gleichzeitig Geschäftsführer sind.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es noch Fragen gibt, dem ist nicht der Fall, er lässt schriftlich darüber abstimmen und es ergeht nachfolgender Beschluss:

Beschluss:

Der Gemeinderat fasste in seiner Sitzung am 26. April 2017 mit 15 Ja-Stimmen den folgenden einstimmigen Beschluss:

Tagesordnungspunkt 2 (b):

Der Gemeinderat der Gemeinde Reith im Alpbachtal beschließt einstimmig, Herrn Mag. Rainer Unger bei der „KEM Alpbachtal GesBR“ mit Dienstbeginn 01.03.2017 anzustellen.

c) Bildung eines eigenen Ausschusses und dessen personeller Besetzung, der sich damit beschäftigt, wie die Gemeinde Reith im Alpbachtal unabhängiger von fossilen Energien gemacht werden kann bzw. wie der Energiebedarf nach Möglichkeit aus eigenen regionalen Ressourcen gedeckt werden kann.

Der Vorsitzende erklärt, diesen Punkt werden wir heute zwar nicht lösen können, aber wir benötigen einen eigenen Ausschuss. Brixlegg z.B. hat einen eigenen e5-Ausschuss, dessen Obmann der Vize-Bürgermeister ist. Das ist eine gewaltige Herausforderung, das möchte er vorab ganz klar herausstreichen. Da sind zu Beginn viele Zusammenkünfte mit Energie Tirol und verschiedenen Fachleuten notwendig, bis man soweit ist, um Projekte starten zu können. Unsere nächste Station wäre die Bewerbung als Klimabündnisgemeinde, da braucht es allerdings Leute, die sich Zeit nehmen aber vor allem Freiwillige, die wirklich Fachleute in dieser Materie sind.

Bürgermeister Johann Thaler bittet die jeweiligen Listenführer sich Gedanken zu machen um geeignete Fachleute für diesen Ausschuss zu gewinnen. Dies müssen keine Gemeinderäte sein, müssen auch auf keiner Liste kandidiert haben, aber wichtig ist, dass sie von dieser Materie genügend Ahnung haben.

Er bittet die Listenführer, Kontakt mit solchen Leuten aufzunehmen und innerhalb einer gewissen Zeit, wünschenswert bis in einem Monat, die Namen der Gemeinde bekanntzugeben. Es ist sicherlich eine Herausforderung, aber auch eine reizvolle Aufgabe für die Weiterentwicklung der Gemeinde Reith und es ist allerhand an Fördermitteln zu lukrieren.

GR Karin Moser fragt, ob dieser Ausschuss mit Budgetmitteln ausgestattet ist.

Bürgermeister Johann Thaler antwortet, das muss alles erst entwickelt werden, neben Förderungen braucht es künftig aber auch ein Budget.

GR Reinhard Peer fragt, ob von jeder Gruppierung 2 Personen namhaft gemacht werden sollen oder können.

Bürgermeister Johann Thaler antwortet, die Anzahl ist nicht begrenzt und die jeweiligen Mitglieder müssen nicht im Gemeinderat sein oder auf einer Liste kandidiert haben.

GR Andreas Oblasser schlägt vor, diese Agenden dem Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt zu übertragen, denn da passt er gut dazu. Dem sollten noch Fachleute beigestellt werden. Dieser Ausschuss sollte zumindest am Beginn dies übernehmen, auch wenn es später ein eigener Ausschuss werden soll. Wenn wir nicht bald damit starten sind wir Nettozahler für die beiden anderen Gemeinden.

GR Leonhard Thaler als Obmann des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt erklärt sich bereit, dies zu übernehmen und wird Kontakt mit Mag. Unger aufnehmen.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es noch Fragen gibt, dem ist nicht der Fall, er lässt darüber abstimmen und es ergeht nachfolgender Beschluss:

Beschluss:

Der Gemeinderat fasste in seiner Sitzung am 26. April 2017 mit 15 Ja- Stimmen (einstimmig) den folgenden Beschluss:

Tagesordnungspunkt 2 (c):

Jeder Listenführer der einzelnen Gemeinderatsfraktionen sucht fachlich geeignete Freiwillige für den neu eingerichteten (ständigen) Ausschuss der Gemeinde betreffend der Klima- und Energie-Modellregion Alpbachtal (KEM) und meldet diese Personen dem Bürgermeister.

Der neu eingerichtete Ausschuss wird sich damit beschäftigen, wie die Gemeinde Reith im Alpbachtal unabhängiger von fossilen Energien gemacht werden kann bzw. wie der Energiebedarf nach Möglichkeit aus eigenen regionalen Ressourcen gedeckt werden kann.

Um möglichst rasch damit beginnen zu können, übernimmt diese Arbeit vorab der Ausschuss „Landwirtschaft und Umwelt“.

3) Genehmigung von Ausgabenüberschreitungen bzw. überplanmäßigen Ausgaben, sowie fehlenden Einnahmen und deren Bedeckungen für das laufende Jahr 2017 – Beratung und Beschlussfassung.

AL Ludwig Moser erläutert anhand der PowerPoint-Präsentation die entsprechenden Abweichungen und sagt, bei der ersten Position geht es um ein neues Konto betreffend Waldaufseher. Er erklärt, dass die Marktgemeinde Brixlegg 24% des Gesamtaufwandes für unseren Waldaufseher übernimmt, da dieser das Gemeindegebiet von Brixlegg mitbetreut. Bei diesen vorzuschreibenden Einnahmen ist lt. Vorgaben ein zusätzliches Konto für den Personalaufwand anzulegen und ist nun neu nicht mehr beim Konto Sachaufwand zu verbuchen.
Daraus ergeben sich auf diesem Konto Mindereinnahmen in Höhe von 12.796,64 Euro, die mit 12.624,42 Euro durch das Konto Personalaufwand bedeckt werden können. Die restlichen 172,22 Euro schlagen wir vor durch das höhere Rechnungsergebnis 2016 zu bedecken.

Die zweite Position betrifft die Reparatur des Personenaufzuges im Schulgebäude, mit einem Betrag von 8.875,18 Euro, der ebenfalls vorgeschlagen wird, durch das höhere Rechnungsergebnis 2016 zu bedecken. Der Gemeinderat wurde im Vorfeld über die dringend anstehende Reparatur bereits informiert.

AL Ludwig Moser erklärt, es wird zu einigen Überschreitungen im heurigen Jahr kommen, und zwar einmal für den Rohrbruch an der Hauptwasserleitung Percha/Haidach. Da ist es in der kältesten Zeit Ende Dezember zu einem gravierenden Rohrbruch im Bereich der L5 Alpbacher Straße gekommen, der Bauhof konnte dies durch Einziehen eines kleiner dimensionierten Schlauches notdürftig reparieren.
Jetzt soll aufgrund des desolaten Zustandes der Wasserleitung die Versorgungsleitung umgelegt bzw. neu verlegt werden. Aufgrund der sehr großen Kosten hat der Bürgermeister bereits Kontakt mit dem Land aufgenommen, um entsprechende Fördermittel zu erhalten.

Die nächste Position betrifft die Sanierung See, wo es aufgrund der umfangreicheren Bepflanzung zu Überschreitungen gegenüber dem Budget kommen wird. Die Bepflanzung wird derzeit mit einem Betrag von 17.000,- Euro geschätzt.

Eine weitere Überschreitung ergibt sich bei den Auswärtigenzuschlägen an andere Heime. Derzeit sind 7 Gemeindebürger in anderen Alters- und Pfelgeheimen untergebracht, was nicht abschätzbar war.

Bei der nächsten Position Grundablöse kommt unter anderem die Wegübernahme Richtung Percha dazu, die genauen Kosten ergeben sich erst aus der Vermessung, dieser Punkt wird bei der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt werden.

AL Ludwig Moser erklärt, bei den Gemeindestraßen und Katastrophenschäden haben wir heuer leider sprichwörtlich eine Pechsträhne, der außergewöhnliche letzte Winter hat den Straßen extrem zugesetzt und es mussten deshalb einige Sanierungen vorgezogen werden. Auch Unvorhersehbares z.B. bei der Straße Neudorf im Bereich Waldruh wo wir derzeit die Straße sanieren.
Dort befanden sich im Straßenbereich massive Grundmauern, die entfernt werden mussten und natürlich zu extremen Verteuerungen führen werden. Erschwerend kam auch noch der ständige Schlechtwettereinbruch mit Schneefall dazu, wodurch natürlich die Arbeiter nicht die vollen Leistungen erbringen konnten und auch das Asphaltieren mehrmals verschoben werden musste.

Heute wurde mit dem Asphaltieren im Bereich Neuhaus bis Gatternhäusl begonnen, allerdings kamen die LKW`s aufgrund des enormen Staus auf der Autobahn nicht durch, aber wir sind zuversichtlich, dass sich dies wieder normalisiert.

Bürgermeister Johann Thaler ergänzt, die Fundamente im Bereich Waldruh sind die Reste der damaligen Mauer. Im Zuge des Abfräsens des Belages sind wir auf die Fundamente gekommen und es stellte sich die Frage, was wir tun sollen. Er hat entschieden, diese zu entfernen, was natürlich wie bereits angesprochen Mehrkosten verursacht.

GR Eva Vorhofer fragt, ob die Kosten nicht die Grundeigentümer zu tragen haben.

Bürgermeister Johann Thaler antwortet, die damaligen Grundeigentümer haben alle einen Streifen für die Errichtung eines Gehsteiges oder zur Aufweitung einer Straße unentgeltlich an die Gemeinde abtreten müssen, das war in den 60-iger und 70-iger Jahren so üblich. In diesem Bereich musste ein Streifen noch hinter dieser besagten Mauer abgetreten werden, die Mauer wurde eines Tags entfernt und die Fundamente blieben stehen. Jetzt durch die Verbreiterung kamen diese zum Vorschein und mussten entfernt werden.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es noch Fragen gibt, dem ist nicht der Fall, er lässt darüber abstimmen und es ergeht nachfolgender Beschluss:

Beschluss:

In seiner Sitzung am 26. April 2017 fasste der Gemeinderat einstimmig die folgenden Beschlüsse:

Tagesordnungspunkt 3:

Für die folgende Ausgabenüberschreitung bzw. überplanmäßigen Ausgaben, sowie fehlenden Einnahmen werden für das Haushaltsjahr 2017 die nachfolgenden Bedeckungen festgelegt:

Überschreitung

Voranschlagsstelle	Bezeichnung	
2/134000 + 862001	**Flurpolizei** Sachaufwand v. Gde. Brixlegg	-12.796,64
1/212000 - 728901	**Neue Mittelschule** Liftreparatur einmalig	8.875,18

Bedeckung

zu bedecken	Voranschlagsstelle	Bezeichnung
12.624,42	2/134000 +862000	**Flurpolizei** Personalaufwand v. Gde. Brixlegg
172,22	2/990000 +963000	**Überschüsse und Abgänge** Rechnungsergebnis
8.875,18	2/990000 +963000	**Überschüsse und Abgänge** Rechnungsergebnis

Noch zu erwartende Abweichungen

Überschreitung

	neu	**Betriebe der Wasserversorgung** Rohrbruch Percha/Haidach
	1/831000 - 618900	**Freibäder** Sanierung See, einmalig
	neu	**Altenheime** Auswärtigenzuschläge an andere Heime
	1/612000 - 001000	**Gemeindestraßen** Grundablöse
	neu	**Gemeindestraßen** Katschäden

4) Teilweise Vergabe für die Erstellung eines Alarmplanes für das Gewerbegebiet St. Gertraudi anhand eines vorliegenden Angebotes – Beratung und Beschlussfassung.

Der Vorsitzende erklärt, bereits seit mehreren Jahren müssen wir uns mit dem Thema Hochwasserschutz befassen. Auch aus den Medien wird ständig über die Bereitstellung von Retentionsflächen berichtet, sowie über die Gründung eines oder mehrerer Verbände.

Bürgermeister Johann Thaler sagt, ursprünglich wurde für St. Gertraudi eine eigene Lösung vereinbart. Anschließend informiert er über den aktuellen Stand bezüglich Gründung von Wasserverbänden und warum sich diese so verzögern, über Auswirkungen von Überflutungen, angedachter Schutz durch Verbauungsmaßnahmen usw.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Gemeinde Reith sehr gute Beziehungen zum Wasserbauamt Kufstein hat. Für den Schutz des Gewerbegebietes sind bereits erste Planungen im Gange, sobald uns diese vorliegen, wird der Gemeinderat natürlich informiert.

Bürgermeister Johann Thaler sagt, es ist aufgrund eigener Höhenaufnahmen durch die Gemeinde gelungen, das Bauvorhaben Eberharter mit der Erweiterung seiner Abbundhalle zu ermöglichen. Im Zuge dieses Bauvorhabens wurde die Erstellung eines Alarmplanes gefordert, der an die Gemeindeeinsatzleitung gekoppelt sein soll und erklärt diesen im Detail. Die Gemeinde hat mit der Firma katmakon Kontakt aufgenommen und ein Angebot angefordert, nachdem diese den Aufbau der Gemeindeeinsatzleitung durchgeführt hat. Angeboten wird ein Stundensatz von 100,- Euro und die Dauer für die Erstellung wird auf 2 bis 3 Tage geschätzt, er würde deshalb vorschlagen, den Auftrag an die Firma katmakon zu vergeben.

GR Andreas Oblasser fragt bezüglich Damm, wer hat eigentlich die Aufschüttung und das Abtragen im letzten Jahr zu verantworten.

Bürgermeister Johann Thaler und AL Ludwig Moser antworten, sie beide waren das.

GR Andreas Oblasser fragt, was die Behörde bezüglich Alarmplan genau vorgeschrieben hat, ob es ein Evakuierungsplan sein soll. Grundsätzlich schätzt er die katmakon und wenn es vorgeschrieben ist, kommen wir ohnehin nicht darüber hinweg.

Bürgermeister Johann Thaler antwortet, ja im Wesentlichen ist es ein Evakuierungsplan, der für die jeweiligen Pegelstände erstellt wird und gilt für das gesamte Gewerbegebiet. Dieser ist zusätzlich zum üblichen Evakuierungsplan jedes einzelnen Betriebes zu erstellen.

AL Ludwig Moser ergänzt, zusätzlich zum Evakuierungsplan ist eine Bestandsaufnahme jedes einzelnen Betriebes durch die Gemeinde angedacht bzw. erforderlich, wo beurteilt wird, wo was gelagert werden darf und wo nicht. Dies erfolgt auch in Zusammenarbeit mit den beiden Feuerwehren.

EGR Johann Rendl fragt, welche Wichtigkeit in diesem Zusammenhang die bestehende Pumpstation noch hat.

AL Ludwig Moser antwortet, dies ist davon völlig unabhängig zu sehen. Die Pumpstation ist zusätzlich auch primär für das Gebiet östlich der B171 wichtig, damit auch dieses Wasser abgeleitet werden kann. Es wird in diesem Zusammenhang angedacht im Bereich Gertl-Garagen ein Rückhaltebecken für das Geschiebe zu errichten, damit das Wasser noch besser abfließen kann. Die Pumpstation hat eine sehr wichtige Aufgabe für diesen gesamten Bereich von St. Gertraudi.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es noch Fragen gibt, nachdem dies nicht der Fall ist, lässt er darüber abstimmen und es ergeht nachfolgender Beschluss:

Beschluss:

Der Gemeinderat fasste in seiner Sitzung am 26. April 2017 mit 15 Ja- Stimmen (einstimmig) den folgenden Beschluss:

Tagesordnungspunkt 4:

Auf Anraten des Baubezirksamtes Kufstein, Wasserwirtschaft soll für sämtliche Betriebe im Gewerbegebiet von St. Gertraudi ein Alarmplan erstellt werden, welcher im Wesentlichen jene Maßnahmen beschreibt, die erforderlich sind, um einerseits den Schaden im jeweiligen Gesamtobjekt möglichst gering zu halten und andererseits rechtzeitig dafür Sorge getragen wird, dass im Betriebsareal befindliche Personen rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden können.

Eine entsprechende Alarmierung soll durch die örtliche Katastropheneinsatzleitung (Gemeindeeinsatzleitung) erfolgen.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat die Firma katmakon KG, 6175 Kematen, Wiesenweg 4d zur Unterstützung für die Erstellung des vorhin beschriebenen Alarmplanes für sämtliche Betriebe im Gewerbegebiet von St. Gertraudi zu beauftragen. Der vereinbarte Stundensatz beträgt 100,- Euro exklusive Reisekosten und Mwst., angenommen wird ein Aufwand von 2 bis 3 Projekttagen.

5) Bericht über den aktuellen Stand betreffend das gesamte bzw. noch zu erweiternde Areal „Mehrzweckgebäude“, sowie Beratung und Beschlussfassung über die Weiterverfolgung vorliegender Möglichkeiten.

Der Vorsitzende erklärt, er möchte sich bei GR Andreas Oblasser bedanken, der die sehr aufschlussreiche Besichtigung der Feuerwehrhäuser Volders und Oberau organisiert hat. Man hat dabei einiges gesehen, auch was wir anders machen würden.

Der Standort für das Gerätehaus bleibt derselbe, das ist bereits fixiert. Dass an diesem Areal sehr viele Möglichkeiten bestehen, hat uns der Architekt bereits bestätigt. Der Vorsitzende sagt, er wurde von mehreren Personen bezüglich weiterer Möglichkeiten angesprochen, so auch seit mehreren Jahren vom Bürgermeister aus Alpbach. Dieser hat mehrmals gesagt, wenn in Reith der Bau eines Alten- und Pflegeheimes angedacht ist, so soll mit ihm Kontakt aufgenommen werden, denn er versteht nicht, dass es beim letzten Umbau verabsäumt wurde hier eine gemeinsame Lösung anzudenken. Bürgermeister Markus Bischofer hat betont, dass die Gemeinde Alpbach jedenfalls dabei sein möchte.

Nachdem auch das Marienheim mit den zahlreichen Doppelzimmern nicht mehr zeitgemäß ist, hat sich Bürgermeister Johann Thaler Gedanken gemacht, ob ein Alten- und Pflegeheim am Standort des Mehrzweckgebäudes realisierbar wäre. Weiters können wir derzeit kein Betreutes Wohnen anbieten, was folglich am jetzigen Standort des Marienheimes entstehen könnte. Auch diese Themen werden uns in der nächsten Zeit beschäftigen, ob wir wollen oder nicht. Daraufhin hat er sich erkundigt, ob im Planungsverband ein freies Kontingent zum Bau von Pflegebetten vorhanden ist. Dies hat ergeben, dass 19 Pflegebetten und 3 Kurzzeitpflegebetten lt. Pflegstrukturplan des Landes zur Verfügung stünden. Wie bei den Überschreitungen von AL Ludwig Moser bereits erwähnt, sind wir derzeit gezwungen, 7

Gemeindebürger in anderen Heimen unterzubringen. Diese wären auch lieber in Reith untergebracht, was aber nicht möglich ist, da unser Marienheim voll belegt ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass er einige Termine in Aussicht hat, um auch die finanziellen Dinge abzuklären. Grundsätzlich ist für ihn aber entscheidend, ob es von der Kubatur her machbar ist und vor allem ob es finanzierbar ist. Um an diesem Projekt weiter arbeiten zu können, bittet er um Unterstützung durch den Gemeinderat und möchte wissen, ob der Gemeinderat ebenfalls dieses Generationenprojekt für Reith mitträgt.

Bürgermeister Johann Thaler sagt, seine Einstellung ist jene, dass die Errichtung einer Tiefgarage ohnehin erforderlich ist und da glaubt er, ist sich auch der Gemeinderat einig. Es besteht große Nachfrage nach Stellplätzen, die angemietet werden können. Erste Priorität hat die Feuerwehr, das steht außer Frage, auch die Wasserrettung soll untergebracht werden. Wo man sich ebenfalls einig war ist bei der Unterbringung eines Arztes samt Apotheke, auch die Musikkapelle ist fester Bestandteil, das würde sich ausgehen. Wo sich letztlich der Pavillon genau befindet ist derzeit nicht entscheidend.

Der Vorsitzende benötigt heute vom Gemeinderat die Zustimmung, dass er am Areal Mehrzweckgebäude auch mit der Realisierung eines Alten- und Pflegeheimes weiterplanen kann, um sich diesbezüglich um Fördermöglichkeiten umsehen zu können, damit letztlich entschieden werden kann, ob es finanzierbar ist oder nicht. Er hat heute mit Dr. Bitterlich darüber gesprochen, der gemeint hat, das wäre natürlich eine tolle Sache, nachdem wir alle wissen, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen in den kommenden Jahren sehr enorm ansteigen wird.
Dass auch eine Arztpraxis hier untergebracht werden soll, ist ohnehin klar. Auch der Herr Pfarrer ist ein großer Befürworter für die Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes auf diesem Areal, das hat er bereits mehrmals bekundet und dazu gibt es volle Unterstützung seitens der Pfarre und Diözese. Benötigt wird dazu lt. Planungsstand aber auch ein Grundankauf von etwa 150m² von GR Andreas Oblasser.

Bürgermeister-Stellvertreter Johann Rieser möchte dies unterstützen und sagt, wenn das Marienheim derzeit bereits zu klein ist und nicht mehr zeitgemäß, so soll man einen Neubau andenken. Wichtig ist natürlich, ist es machbar und vor allem finanzierbar. Ob das Gemeindeamt oder das Marienheim ausgesiedelt wird, werden die Planungen ergeben.

Bürgermeister Johann Thaler erklärt, auch das Betreute Wohnen würde gefördert, entscheidend ist die Nähe zum Pflegeheim, es ist eine Entfernung bis max. 300m zulässig.

GR Johannes Oberladstätter sagt, die Fördermöglichkeiten sollten unbedingt alle ausgeschöpft werden, das ist für ihn das Wichtigste, damit sollte man sich sofort befassen.

GR Ing. Josef Lettenbichler fragt wie weit der Architekt Schwärzler mit seiner Machbarkeitsstudie bereits ist, um zu sehen, ob am Areal auch alles Platz findet und ob dafür bereits Pläne vorliegen.

Bürgermeister Johann Thaler antwortet, das hat sich Architekt Schwärzler bereits angesehen, das würde Platz finden, erste Skizzen liegen bereits vor.

EGR Ludwig Margreiter sagt, als damals die einzelnen Standorte für die Feuerwehr gereiht wurden, wurde der jetzige Standort als nicht sehr geeignet beurteilt. Hat sich diesbezüglich etwas geändert? Bis das realisiert werden kann, vergehen Jahre, ob man dann nicht wieder hinterher hinkt, wenn er das Pflegeheim der Gemeinden Breitenbach und Kundl allein von der Größenordnung her beurteilt.

GR Andreas Oblasser sagt, Ideen sammeln ist grundsätzlich richtig, Betreutes Wohnen wird künftig immer mehr spruchreif werden. Ihn wundert etwas die Kubatur, die am Areal nun Platz finden sollte, des Weiteren, dass der Architekt Schwärzler schon etwas geliefert hat. Er hat bereits das letzte Mal gesagt, dass der Ausschuss dafür da wäre, dass man Informationen erhält und zumindest zusammen kommt bezüglich solcher Dinge, sonst hat man einen Ausschuss umsonst.

Die Realisierung eines Pflegeheimes weiter zu verfolgen ist sicherlich wichtig, er vermutet allerdings, dass dies an der notwendigen Kubatur bzw. Finanzierbarkeit scheitern wird. Wenn er den Größenvergleich mit Kundl/Breitenbach herstellt, wird es keine Erweiterungsmöglichkeit mehr geben.
Ob das für die nächsten 20 bis 30 Jahre das richtige ist, oder ob man sich nicht besser einen schönen Platz für unsere älteren Leute sucht und dort mit einem Bauträger das realisiert, ist die Frage. Wenn schon Alpbach mitmacht, ob man nicht das komplett auslagert und separat irgendwo neu errichtet. Hier ist man begrenzt und hat keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr.

Arzt ist für ihn das aller Wichtigste, egal ob an diesem Areal oder woanders. Wir dürfen uns nie vorwerfen lassen müssen, dass die Politik nichts gemacht hat und wir keinen Arzt bekommen, weil wir keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Verdienen werden wir nichts, aber ihm ist lieber, wir haben einen Arzt, er verweist auf die derzeitigen Probleme in Kufstein.

Bürgermeister Johann Thaler möchte dies bestätigen, ein Arzt wird unbedingt benötigt.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es noch Fragen gibt, nachdem dies nicht der Fall ist, lässt er darüber abstimmen und es ergeht nachfolgender Beschluss:

Beschluss:

Der Gemeinderat fasste in der Sitzung am 26. April 2017 mit 15 Ja - Stimmen (einstimmig) den folgenden Beschluss:

Tagesordnungspunkt 5:

Bürgermeister Johann Thaler präsentiert den neuesten Stand betreffend das gesamte bzw. noch zu erweiternde Areal „Mehrzweckgebäude“. Er betont dabei, dass die Neuerrichtung des Feuerwehrgerätehauses und das Probelokal für die Bundesmusikkapelle bereits fix geplant sind, ebenso Räumlichkeiten für die Wasserrettung.

Die Unterbringung einer Arztpraxis bzw. einer Gemeinschaftspraxis, sowie eine Apotheke sollten unbedingt realisiert werden, sowie Tiefgaragenplätze.

Nachdem das jetzige Alten- und Pflegeheim der Gemeinde Reith auch aufgrund der Doppelzimmersituation nicht mehr zeitgemäß ist, hat der Vorsitzende vom Architekten prüfen

lassen, ob das Grundstück dafür ausreicht, was von diesem bestätigt wurde. Laut Strukturplan-Pflege des Landes Tirol sind für unseren Planungsverband derzeit 19 Pflege- und 3 Kurzzeitbetten frei und würden auch dementsprechend gefördert.

Nachdem auch die Gemeinde Alpbach an einem gemeinsamen Alten- und Pflegeheim in Reith Interesse zeigt, sollte diese Möglichkeit unbedingt weiter verfolgt werden und stellt seinen Vorschlag zur zusätzlichen Realisierung eines Alten- und Pflegeheimes dem Gemeinderat zur Diskussion mit anschließender Beschlussfassung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig und beauftragt damit Bürgermeister Johann Thaler, die Möglichkeit der Realisierung eines neuen Alten- und Pflegeheimes am gesamten bzw. noch zu erweiternden Areal „Mehrzweckgebäude" weiter zu bearbeiten.

Des Weiteren wird er beauftragt eine fundierte Kostenschätzung durchführen zu lassen und Gespräche bezüglich Fördermöglichkeiten zu führen, um Grundlagen für die Finanzierbarkeit des Gesamtprojektes zu erhalten.

6) Der Gemeinderat wolle die Einführung einer kostenlosen Einkauf-Vorteilskarte der Gemeinde Reith beschließen. Unter dem Motto „Fahr nicht fort – kauf im Ort" soll diese Vorteilskarte allen Bürgern (die diese beantragen) zugutekommen.

Der Vorsitzende erklärt, dieser Tagesordnungspunkt wurde von Bürgermeister-Stellvertreter Johann Rieser beantragt, der sich da viele Gedanken gemacht hat. Den Slogan „Fahr nicht fort – kauf im Ort" findet er super und er praktiziert dies auch so. Man kann nicht auswärts kaufen und wenn ein Geschäft schließt dann sagen, das ist auch schade. Vielleicht kann da eine Einkaufskarte beitragen, um die Geschäfte in Reith dadurch zu stärken.

Bürgermeister Johann Thaler erklärt, eine Abwicklung über die Gemeinde ist nicht möglich, da es dafür einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung bedarf und diese wird lt. Auskunft des Revisors nicht erteilt.

Er übergibt das Wort an Bürgermeister-Stellvertreter Johann Rieser, nachdem dieser Punkt auf Antrag der Liste „Wirtschaft und Tourismus Reith" in die heutige Tagesordnung aufgenommen wurde.

Bürgermeister-Stellvertreter Johann Rieser sagt, Beispiele gibt es in der näheren und weiteren Umgebung genügend, wo Geschäfte geschlossen wurden, die Angebote in den Orten weniger wurden und ganze Ortskerne damit aussterben. Man spricht seit langem darüber im Ort einzukaufen und nicht auswärts, er glaubt jedoch, dass es dafür einen Anreiz braucht, um das besser ankurbeln zu können, sowohl für die einheimische Bevölkerung, als auch für die Wirtschaftler und Dienstleister.
Es soll ein Anreiz geschaffen werden, um einerseits für die Betriebe eine Umsatzsteigerung zu erzielen und andererseits für die heimischen Kunden einen finanziellen Vorteil. Er nennt dafür Beispiele aus 2 Orten in der Schweiz bzw. in der Steiermark, wo diese Vorteilskarte erwiesenermaßen sehr gute Erfolge gebracht hat.

Es geht nun darum, eine Vorteilskarte einzuführen, die von der Wirtschaft in Reith ausgehen soll und die Gemeinde bestmöglich unterstützt, wie z.B. in der Bewerbung in der Gemeindezeitung usw. Dabei könnte man das Abrechnungssystem von der Firma Lyoness nützen.

Anschließend erklärt er im Detail das vorgeschlagene System dieser Einkaufskarte. Ihm gehe es heute darum, dass der Gemeinderat sagt, das ist eine gute Sache und wenn die Wirtschaft genügend Betriebe dafür gewinnen kann, dann sollte man das in Reith probieren.

EGR Ludwig Margreiter fragt, ob man diese Vorteilskarte beantragen muss, oder ob diese einfach verteilt wird und ob dadurch Kosten entstehen. Für ihn ist entscheidend, ob man genügend und vor allem interessante Leistungsträger zusammenbringt, der Name Lyoness hat für ihn einen fahlen Beigeschmack.

Bürgermeister-Stellvertreter Johann Rieser antwortet, es gibt für die Beantragung dann ein Anmeldeformular, das z.B. in der Gemeindezeitung abgedruckt wird, Kosten entstehen dadurch keine. Entscheidend für den Erfolg ist die Palette an Leistungsträgern, die man zusammenbringt. Er möchte vorab die Meinung des Gemeinderates einholen, bevor Kontakt mit den Betrieben aufgenommen wird.

GR Eva Vorhofer sagt, seit sie ihr Geschäft in Reith hat, gibt es bei ihr Treuekarten und dadurch einen Rabatt von 3%, das gibt es auch bei anderen Betrieben in Reith. Sie ist der Meinung, der Kunde sieht es lieber, wenn die Treuekarte voll ist und der Kunde wie bei ihr 20,- oder 25,- Euro erhält, bei H&N z.B. wird es dementsprechend ein höherer Betrag sein.

Bürgermeister-Stellvertreter Johann Rieser antwortet, die Karte könnte individuell auch mit Logo des Betriebes versehen werden, die Höhe der Nachlässe kann jeder Betrieb selbst bestimmen. Er hat diese Karte an seine gesamten Hotelgäste zu Weihnachten verschickt, mit dem jeweiligen Einkauf des Gastes hat sowohl er einen Vorteil, als auch der Gast.

GR Eva Vorhofer sagt, das ist aber gerade dieses „Pyramidengeschäft“ das Lyoness medial in die Schlagzeilen brachte.

GR Karin Moser sagt, sie sieht das ebenso wie GR Eva Vorhofer. Wenn die Wirtschaft 7% Nachlass geben soll und nur 1% erhält, geht es der Wirtschaft schlechter und ist keine nachhaltige Entwicklung.

GR Stefanie Margreiter versteht nicht warum es ein Abrechnungssystem durch Lyoness braucht. Das könnte durch einen Angebotskatalog publik gemacht werden, welcher Betrieb wieviel Rabatt gewährt, wichtig ist, dass damit wieder mehr Geld im Ort ausgegeben wird.

GR Andreas Oblasser sagt, wer Lyoness googelt, findet genügend Beispiele und Gerichtsurteile aus 2016 und 2017. Er ist ebenfalls gegen eine Beteiligung von Lyoness. Es gibt in der Umgebung genügend Beispiele um die heimische Wirtschaft zu stärken. Er sagt, jeder Versuch ist es wert, allerdings nicht über diese Firma und nicht über die Gemeinde.

Er schlägt eine Regionskarte vor, berichtet über andere Projekte wie in Zell am Ziller mit einer Beteiligung von über 50 Betrieben, beim dortigen „Zeller Gold“. Bringt auch Beispiele aus Breitenbach und Kufstein, wo die Banken die Abwicklung machen. Solche Projekte helfen der Wirtschaft und das sollte die Wirtschaft in Reith unterstützen.

Daraufhin erfolgt eine ausgedehnte Diskussion.

Bürgermeister Johann Thaler bedankt sich für die regen Diskussionsbeiträge und erklärt, dass sicherlich Denkanstöße für die Wirtschaft oder den Wirtschaftsausschuss dabei waren, die aufgegriffen werden sollten und würde sich freuen, wenn es zu einer regionalen Umsetzung kommen könnte.

Er bittet den Wirtschaftsausschuss dieses Thema weiter zu behandeln und beschließt diesen Tagesordnungspunkt.

7) Berichte aus den einzelnen Gemeinde-Ausschüssen durch die jeweiligen Obleute.

Bürgermeister Johann Thaler erklärt, bei den Berichten der einzelnen Ausschüsse möchte er den Obmann des Raumordnungsausschusses aufgrund eines Todesfalls entschuldigen, dieser wird seinen Bericht aber sicherlich bei der nächsten Gemeinderatssitzung nachholen.

GR Johann Wegscheider als Obmann des Überprüfungsausschusses berichtet, dass der Ausschuss verpflichtend viermal jährlich Sitzungen abhält, wo die Finanzen geprüft werden, sie schauen sich die Abschlüsse an, ob die Buchungen passen, schauen auch die Belege an, prüfen zusätzlich den Jahresabschluss, schauen sich den Voranschlag an und machen gewisse Sonderprüfungen. Jeweils nach einer Sitzung erfolgt die Berichterstattung im Gemeinderat.

Bürgermeister Johann Thaler berichtet über den Bauausschuss und sagt, dass dieser Bereich gleichzeitig im Vorstand bearbeitet wird. Die einzelnen eingelangten Bauvorhaben werden in ca. monatlichen Abständen an die Vorstände ausgeschickt und in der darauffolgenden Sitzung behandelt.

GR Johannes Oberladstätter als Obmann des Verkehrs- und Infrastrukturausschusses sagt, dass es heuer noch keine Sitzung gegeben hat. Er warte bis die noch ausstehenden Verordnungen durch die Behörde erlassen sind, dann wird an den Themen wie Radarüberwachung usw. weiter gearbeitet. Derzeit macht es keinen Sinn, erst wenn man die Ergebnisse der Verordnungen kennt, kann man daran weiter arbeiten.

Bürgermeister-Stellvertreter Johann Rieser als Obmann des Ausschusses für Tourismus und Wirtschaft sagt, letztes Jahr gab es Sitzungen, heuer noch nicht. Besprochen wurden die Themen Badesee, Lift, Beschneiung, hier ist man in Verhandlungen mit den Alpbacher Bergbahnen, wo es auch eine Nachbetrachtung über die abgelaufene Wintersaison geben wird.

GR Ing. Josef Lettenbichler als Obmann des Ausschusses für Bildung, Kultur und Schule berichtet, dass es letztes Jahr zwei Sitzungen gegeben hat, einmal in der Schule und einmal in der Gemeinde, wo es um Schulthemen ging. Sie waren auch beim Schulforum auf Einladung der Direktorin, wo es aufgrund der Befürchtung der Eltern auf einen vermehrten Nachmittagsunterricht sehr große Bedenken gab in Bezug auf Verlegung der Schulbeginnzeit auf 08.00 Uhr.

GR Stefanie Margreiter als Obfrau des Ausschusses für Jugend, Familie und Soziales sagt, sie hatten Anfang September eine gemeinsame Sitzung mit dem Kindergarten, hier sollte ein regelmäßiger Ideenaustausch stattfinden. Sie hat als Vorstand des Sozialsprengels an drei Sitzungen teilgenommen, heute wäre die vierte, sowie an der Jahreshauptversammlung. Des Weiteren haben letztes Jahr zwei Babypartys stattgefunden, wo die Babypakete an die Jungmütter übergeben wurden.

GR Leonhard Thaler als Obmann des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt berichtet, dass es noch keine Zusammenkunft gegeben hat und auch nicht benötigt wurde, nachdem nichts Außergewöhnliches vorgefallen ist.

Allerdings steht nun eine Zusammenkunft mit Mag. Unger bezüglich KEM Alpbachtal an, anschließend erfolgt sicherlich ein Bericht in der Gemeindezeitung. Ihn interessieren die Aussagen von Mag. Unger in Bezug auf Energie, denn wie er aus der Bevölkerung hört, bevorzugen die Bürger nach wie vor vermehrt Öl und Gas anstatt z.B. Fernwärme.

GR Thomas Gschösser als Obmann des Sportausschusses sagt, der Ausschuss war sehr fleißig und ist sechsmal zusammengekommen. Bei der ersten Sitzung wurde abgesteckt, was der Ausschuss machen soll und für was er tätig sein soll. Interessant war, dass es da bereits auch um ein Ticket ging, allerdings in Form eines Freizeittickets.
Die Tourengeher Trophy wurde besprochen und auch mit gewaltigem Erfolg durchgeführt. Einen personellen Wechsel hat es gegeben, das Ausschussmitglied Sautner Michaela wurde ersetzt durch seinen Bruder Gschösser Christian.

Bürgermeister Johann Thaler bedankt sich bei den jeweiligen Obleuten für ihre Berichte.

8) Berichte des Bürgermeisters.

- Bürgermeister Johann Thaler berichtet über die neu verordnete Geschwindigkeitsbeschränkung auf der L5 Alpbacher Straße, wo im Bereich des Umfahrungstunnels eine 50 km/h Beschränkung kommen wird samt Ausweitung dieser und erläutert die Neuverordnung anhand der PowerPoint-Präsentation näher.

- Bürgermeister Johann Thaler bedankt sich bei der Firma MGO für die kostenlose Blinker-Reparatur.

- Der Vorsitzende gibt bekannt, dass derzeit die Wasser- und Kanalordnungen, sowie die dazugehörigen Gebührenordnungen neu überarbeitet werden.

- Die Reitherkogelbahn Ges.m.b.H wurde in der Zwischenzeit liquidiert, die Endabwicklung mit Erhebung der Daten und Auszahlung des Restkapitals hat die Gemeinde übernommen und erläutert dies im Detail – der erste Teil ist erledigt und wird noch diese Woche an die Gesellschafter ausbezahlt.

- Mit 08. Mai erfolgt die Befüllung des neuen Hochbehälters Locham für die Dichtheitsprobe.

  GR Andreas Oblasser regt eine Besichtigung mit Führung an, Bürgermeister Johann Thaler gibt dem Gemeinderat, abgestimmt auf die Bauarbeiten, einen Termin bekannt.

- Mitte Mai beginnen wie bereits bei den Überschreitungen bekanntgegeben, die Sanierungsarbeiten bzw. Neuverlegung der Hauptwasserleitung Percha/Haidach. Er berichtet über den Rohrbruch vom Dezember/Jänner und die provisorische Behebung. Er wird sich bemühen, entsprechende Fördermittel zu bekommen.

- Die Tennisplätze bleiben vorerst gesperrt, nachdem sich der Tennisclub vor der Auflösung befindet. Die Gemeinde wird sich bemühen, den Betrieb fortzusetzen und bittet den Gemeinderat um Unterstützung bei der Betreibersuche für einen Weiterbestand.

9) Anträge, Anfragen und Allfälliges

a) EGR Ludwig Margreiter erkundigt sich über den aktuellen Stand bezüglich Breitband und möchte wissen, wie weit die Verhandlungen mit der Firma Elektro Bischofer in der Zwischenzeit bezüglich Provider sind. Ihn hat ein Schreiben der Stadtwerke Wörgl irritiert und fragt, ob diese in Konkurrenz zur Firma Bischofer stehen.

Bürgermeister Johann Thaler antwortet, die Stadtwerke Wörgl waren der erste Betreiber, mit denen hat die Gemeinde Reith bereits seit längerem einen Vertrag unterschrieben, die Verhandlungen mit der Firma Elektro Bischofer hingegen dauern noch an. Die durch die sehr langwierigen und aufwendigen Verhandlungen entstandenen Kosten werden nach Abschluss in einer der nächsten Sitzungen dem Gemeinderat bekanntgegeben.

Derzeit hakt es noch an dem Gestattungsvertrag für die bestehenden Einbauten im öffentlichen Gut bzw. in Gemeindegrund, da Herr Andreas Bischofer darauf besteht, für diese Gestattung kein Entgelt zu bezahlten. Er möchte betonen, dass sich die Verhandlungen nicht ganz leicht gestalten.

EGR Ludwig Margreiter berichtet über ein an ihn ergangenes Angebot der Firma Elektro Bischofer bezüglich einer zweiten Variante in der Hygna für Breitband, dabei soll es sich um eine Funkverbindung vom Reither Kogel her handeln. Damit wirbt derzeit die Firma Bischofer in der Hygna.

b) GR Reinhard Peer berichtet, dass sie auch einen Ausschuss haben und zwar für die Computeria und sagt, dass die Computeria mit 15. März gestartet wurde, von Gebhard Gschösser betreut wird und sehr gut angenommen wird. Die Zusage vom Land für die Förderung über 7.000,- Euro ist bereits eingegangen. Gesucht werden noch Helfer für jeweils an Montagen von 09.00 bis 11.00 Uhr und 17.00 bis 19.00 Uhr. Er schlägt vor, wenn man nochmals so etwas startet, dass dies einem Ausschuss übertragen wird, denn für zwei Personen ist dies mit sehr viel Arbeit verbunden.

c) GR Reinhard Peer erklärt, der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt hatte schon eine Tätigkeit und zwar den Frühjahrsputz für das „saubere Reith". Es war aber kein Mitglied des Ausschusses anwesend und die Freiwilligen waren darüber nicht erfreut. Seines Erachtens nach hat die Gemeinde kein Interesse an dieser Veranstaltung. Er hat sich stellvertretend in seiner Funktion als Gemeinderat bei den vielen Freiwilligen bedankt, möchte aber betonen, dass es kein gutes Bild abgibt, wenn vom Ausschuss und der Gemeinde eingeladen wird und keiner vom Ausschuss dabei ist.

d) GR Reinhard Peer möchte wissen, wie es in der Hygna mit dem Gehsteig aussieht, ob man hier schon etwas Näheres sagen kann.

Daraufhin ergibt sich eine rege Diskussion über Gehsteig, Gehweg, Beleuchtung, Grundabtretung usw.

Bürgermeister Johann Thaler sagt, da kann man zurzeit nichts Näheres sagen, ein Gehsteig ist derzeit nicht geplant, für einen Gehweg bedarf es noch Grundabtretungen.

e) GR Andreas Oblasser sagt, im Zuge von Asphaltierungsarbeiten im Bereich Hotel Pirchnerhof wurden Randsteine verlegt. Er möchte wissen, ob dort wieder „Inseln" gebaut werden.

Bürgermeister Johann Thaler bejaht dies.

GR Andreas Oblasser sagt, es wurde schon einmal gesagt, dass man keine „Inseln" mehr macht, sondern sich Gedanken über eine Radarüberwachung macht.

f) GR Andreas Oblasser sagt, in der Gemeindezeitung wurde eine Neuanstellung ausgeschrieben. Er möchte wissen, ob es eine Neuanstellung ist oder ob jemand geht.

Bürgermeister Johann Thaler sagt, es handelt sich um eine Neuanstellung.

GR Andreas Oblasser fragt, ob dies im Dienstpostenplan berücksichtigt ist. Bezüglich Erhöhung der Personalkosten von letztem Jahr auf heuer hat es geheißen, dass etwas vergessen wurde zu budgetieren und heuer nur die Nachzahlung zum Tragen kommt, nun wird aber erneut jemand angestellt. In der Gemeindeordnung steht, dass den Dienstpostenplan der Gemeinderat beschließt.

Bürgermeister Johann Thaler erklärt, in der Gemeindeverwaltung wurde niemand angestellt, es hat sich auf die Stellenausschreibung auch niemand gemeldet. Sollte eine generelle Anstellung erfolgen, so wurde dies auch bisher schon so gehandhabt, dass dies der Gemeinderat beschließt.

g) GR Johannes Oberladstätter fragt, ob im Zuge der Asphaltierung im Bereich Hotel Pirchnerhof die Straße verbreitert wird.

Bürgermeister Johann Thaler verneint dies. Einem neuerlichen Grundverkauf zur Verbreiterung der Straße haben die Grundeigentümer nicht zugestimmt, deshalb bleibt der Gehweg auch weiterhin so bestehen.

h) EGR Johann Rendl bittet die Gemeinde, dass die Sanierung der desolaten Straße am Brunnerberg nicht ganz vergessen wird, auch die Mauer müsste dringend saniert werden.

Bürgermeister Johann Thaler antwortet, er wird sich dafür einsetzen, dass in diesem Bereich noch heuer zumindest ein Teil saniert werden kann.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt bedankt sich Bürgermeister Johann Thaler bei den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten für die konstruktive Mitarbeit und sagt bis zur nächsten Sitzung wird es nicht allzu lange dauern, bedankt sich auch bei den Zuhörern und beschließt die Sitzung des Gemeinderates.

Die Niederschrift über diese Sitzung besteht aus 22 Seiten
Vorgelesen – genehmigt – unterschrieben.

Reith im Alpbachtal, am 12. Mai 2017

Schriftführer Bürgermeister

Gemeinderat Gemeinderat